



An den Grossen Rat

25.5298.02

ED/P255298

Basel, 10. Dezember 2025

Regierungsratsbeschluss vom 9. Dezember 2025

Motion Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend «Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen»; Stellungnahme

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 17. September 2025 die nachstehende Motion Raoul I. Furlano und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

«Die Chance auf eine bestmögliche Ausbildung ist ein urliberales Anliegen. In der Schweiz und insbesondere im Kanton Basel-Stadt haben wir erfreulicherweise grundsätzlich einen sehr guten Zugang zu Bildung, doch zeigt die Praxis im Umgang mit Stipendien, dass es an Effizienz und an zeitnahen Lösungen fehlt.

Häufig wird die finanzielle Unterstützung erst Monate nach Studienbeginn ausbezahlt, was Betroffene dazu zwingt, auf Übergangslösungen zurückzugreifen – sei es durch private Kredite, übermässige Erwerbsarbeit oder das Hinauszögern von Studienplänen. Solche Umstände widersprechen dem Prinzip der Chancengleichheit.

Besonders in Fällen, in denen Verzögerungen nicht im Einflussbereich der Studierenden liegen – etwa durch verspätete Mitwirkung Dritter oder durch administrative Prozesse – braucht es pragmatische Lösungen, wie Vorschusszahlungen oder eine bessere Kommunikation und Betreuung der Antragstellenden.

Die vorgeschlagenen Massnahmen zielen darauf ab, das System gerechter, transparenter und effizienter zu gestalten und damit einen klaren Beitrag zur Stärkung der Bildungsgerechtigkeit im Sinne liberaler Werte zu leisten.

Der Regierungsrat wird beauftragt, das kantonale Stipendiensystem dahingehend zu überarbeiten, dass:

- Erstanträge auf Ausbildungsstipendien prioritär behandelt werden, um insbesondere Studienanfängerinnen und -anfängern frühzeitig finanzielle Sicherheit zu ermöglichen;
- Stipendien an Personen, die bereits im Vorjahr Stipendien erhalten haben, nach einer administrativen Vorprüfung als Vorschuss ausbezahlt werden, damit während der laufenden Prüfung keine finanzielle Lücke entsteht. Zu viel bezogene Gelder sind zurückzuerstatten;
- Verzögerungen aufgrund fehlender Unterlagen, insbesondere wenn diese nicht im Verantwortungsbereich der Antragstellenden liegen, nicht automatisch zu einer Ablehnung oder zu massiven Verzögerungen führen, sondern angemessen mit Zwischenlösungen wie Vorschussregelungen überbrückt werden können;
- die gesamte Bearbeitungsdauer für Stipendiengesuche durch Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung deutlich verkürzt wird, um Planungssicherheit und Chancengleichheit für alle Antragstellenden zu gewährleisten.

Raoul Furlano, Melanie Eberhard, Lorenz Amiet, Bruno Lötscher-Steiger, Annina von Falkenstein, Sandra Bothe, David Jenny, Anouk Feurer, Catherine Alioth»

Wir nehmen zu dieser Motion wie folgt Stellung:

1. Zur rechtlichen Zulässigkeit der Motion

1.1 Grundlagen des Motionsrechts

Mit einer Motion kann der Grosse Rat den Regierungsrat verpflichten, eine Verfassungs- oder Gesetzesvorlage oder eine Vorlage für einen Grossratsbeschluss vorzulegen (§ 42 Abs. 1 GO) oder eine Massnahme zu ergreifen (§ 42 Abs. 1bis GO). Der Grosse Rat kann dem Regierungsrat also sowohl in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich als auch im Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats Aufträge erteilen.

Das Recht setzt dem Grossen Rat bezüglich Motionsbegehren allerdings auch Schranken, die in der Gewaltenteilung, im Gesetzmässigkeits-, im Föderalismus- und im Demokratieprinzip gründen. So darf eine Motion nicht gegen höherrangiges Recht verstossen (wie Bundesrecht, interkantona-les Recht oder kantonales Verfassungsrecht). Zudem ist gemäss § 42 Abs. 2 GO eine Motion unzulässig, die einwirken will auf

- den verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats,
- einen Einzelfallentscheid,
- einen in gesetzlich geordnetem Verfahren zu treffenden Entscheid oder
- einen Beschwerdeentscheid.

1.2 Motionsforderung

Mit der vorliegenden Motion wird der Regierungsrat beauftragt, das kantonale Stipendiensystem dahingehend zu überarbeiten, dass

- Erstanträge auf Ausbildungsstipendien prioritär behandelt werden, um insbesondere Studienanfängerinnen und -anfängern frühzeitig finanzielle Sicherheit zu ermöglichen;
- Stipendien an Personen, die bereits im Vorjahr Stipendien erhalten haben, nach einer administrativen Vorprüfung als Vorschuss ausbezahlt werden, damit während der laufenden Prüfung keine finanzielle Lücke entsteht. Zu viel bezogene Gelder sind zurückzuerstatten;
- Verzögerungen aufgrund fehlender Unterlagen, insbesondere wenn diese nicht im Verantwortungsbereich der Antragstellenden liegen, nicht automatisch zu einer Ablehnung oder zu massiven Verzögerungen führen, sondern angemessen mit Zwischenlösungen wie Vorschussregelungen überbrückt werden können;
- die gesamte Bearbeitungsdauer für Stipendiengesuche durch Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung deutlich verkürzt wird, um Planungssicherheit und Chancengleichheit für alle Antragstellenden zu gewährleisten.

1.3 Rechtliche Prüfung

Gemäss § 1 des Gesetzes betreffend Ausbildungsbeiträge vom 12. Oktober 1967 (SG 491.100) gewährt der Kanton aufgrund und im Rahmen dieses Gesetzes Ausbildungsbeiträge in der Form von Stipendien und Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung, sofern sie sich dafür eignen und sofern sie oder ihre Eltern nicht oder nur zum Teil selbst dafür aufkommen können. Die Stipendien sind unverzinslich und müssen nicht zurückbezahlt werden. Sie können als alleinige Unterstützung, als Ergänzung der von anderer Seite gewährten Ausbildungsbeiträge oder in Verbindung mit Darlehen zugesprochen werden (§ 2). Der Kreis der zum Bezug von Ausbildungsbeiträgen Berechtigten ist in § 4 und § 5 geregelt, die Voraussetzungen der Beitragsleistung in § 6 bis § 8 und der Umfang der Beitragsleistung in § 9 bis § 12 des Gesetzes betreffend Ausbildungsbeiträge. Das Amt für Ausbildungsbeiträge nimmt die Anmeldungen entgegen, klärt die Anspruchsberechtigung ab und setzt grundsätzlich die Höhe der Beiträge fest (§ 19 Abs. 2).

Gestützt auf § 22 des Gesetzes betreffend Ausbildungsbeiträge hat der Regierungsrat die Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend Ausbildungsbeiträge vom 8. November 2011 (VVAusbBG, SG 491.110) erlassen. Zur Abklärung der Anspruchsberechtigung wenden sich die Bewerbenden direkt an das Amt für Ausbildungsbeiträge und bringen die vollständigen Unterlagen über ihre Eignung sowie über ihre finanziellen Verhältnisse bei (§ 1 VVAusbBG). Die Ausbildungsbeiträge werden in der Regel für die Dauer eines Ausbildungsjahres zugesprochen, die Auszahlung der Beiträge erfolgt in der Regel im Voraus und die jährliche Erneuerung von Ausbildungsbeiträgen erfolgt nach demselben Verfahren wie für erstmalige Gesuche (§ 3 VVAusbBG). Der jährliche Stipendienrahmen beträgt grundsätzlich zwischen CHF 500.- und CHF 19'000.- (§ 12).

Schliesslich legt die Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen vom 18. Juni 2009 (SG 419.500) einheitliche Mindeststandards für die finanzielle Ausbildungsförderung in den beteiligten Kantonen fest, um Chancengleichheit und Mobilität zu fördern.

Die Motion verlangt mittels vier Teilforderungen eine Revision des kantonalen Stipendiensystems mit dem Ziel, (1) Erstanträge prioritär zu behandeln, (2) bereits geförderten Personen Vorschüsse zu gewähren, (3) Verzögerungen durch fehlende Unterlagen angemessen zu überbrücken und (4) die Bearbeitungsdauer durch administrative Effizienzsteigerungen signifikant zu verkürzen, um Planungssicherheit und Chancengleichheit für alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller zu gewährleisten.

- (1) Mit der ersten Teilforderung wird der Regierungsrat beauftragt, Erstanträge auf Ausbildungsstipendien prioritär zu behandeln, um insbesondere Studienanfängerinnen und -anfängern frühzeitig finanzielle Sicherheit zu ermöglichen. Diese Teilforderung verlangt die Priorisierung von bestimmten Anträgen vor anderen und schreibt dem Amt für Ausbildungsbeiträge damit eine konkrete Arbeitsorganisation bezüglich der Reihenfolge von Gesuchsprüfungen vor. Gemäss § 108 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 12. März 2005 (KV, SG 111.100) sorgt der Regierungsrat für eine rechtmässige, wirksame und bürgernahe Verwaltungstätigkeit und bestimmt im Rahmen von Verfassung und Gesetz die zweckmässige Organisation. Dabei ist der Regierungsrat insbesondere an das Gleichbehandlungsgebot und das Verhältnismässigkeitsprinzip gebunden (Art. 5 Abs. 2 und Art. 8 Abs. 1 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, BV, SR 101) und entscheidet, wie er die Bearbeitung von hängigen Dossiers organisieren möchte. Die verbindliche Vorgabe einer konkreten Arbeitsorganisation («Priorisierung von Erstanträgen») greift in die Kernkompetenz des Regierungsrates zur Organisation der Verwaltung nach § 108 Abs. 2 KV ein, die nach § 42 Abs. 2 GO dem parlamentarischen Instrument der Motion nicht zugänglich ist. Die Teilforderung erweist sich folglich als rechtlich unzulässig.
- (2) Die zweite Teilforderung umfasst den Auftrag an die Regierung, Vorschüsse an Personen auszurichten, die bereits im Vorjahr Stipendien erhalten haben. Gemäss dem Grundsatz der Gesetzmässigkeit (sog. Legalitätsprinzip, Art. 5 Abs. 1 BV) ist das Gesetz Massstab und Schranke der Verwaltungstätigkeit (sog. «Vorrang des Gesetzes»). Gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung ist das Legalitätsprinzip auch im Bereich der Leistungsverwaltung massgebend (BGE 141 V 688, 692 f.). Auch Ausgaben für Subventionen bedürfen einer rechtssatzmässigen Grundlage, Stufe und Bestimmtheitsgrad hängen aber von der Art der Materie und namentlich davon ab, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende staatliche Leistungen handelt (BGE 134 I 313, 318; HÄFELIN / MÜLLER / UHLMANN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. Auflage, N 325, 381 m.w.H.). Vorliegend sind Vorschüsse im Bereich des Stipendienwesens als staatliche Leistungen zu qualifizieren. Für die Ausrichtung einer (neuen) staatlichen Leistung bedarf es folglich einer rechtlichen Grundlage. Gemäss § 42 Abs. 1 und Abs. 1^{bis} GO können Gesetzesvorlagen oder Massnahmen Gegenstand einer Motionsforderung bilden.
- (3) Mittels dritter Teilforderung sollen Verzögerungen durch fehlende Unterlagen angemessen überbrückt werden. Beim Umgang mit fehlenden Unterlagen respektive der Gewährung von Zwischenlösungen wie Vorschüssen bei oder trotz fehlenden Unterlagen handelt es sich um

eine Verfahrensfrage im Zusammenhang mit der Leistungsverwaltung, welche in Anwendung des Legalitätsprinzips wiederum einer rechtlichen Grundlage auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe bedarf. Bezüglich konkreter Umsetzung wird dem Regierungsrat ein genügend grosser Spielraum belassen (Gesetzesvorlage gemäss § 42 Abs. 1 GO oder Ergreifen einer Massnahme gemäss § 42 Abs. 1^{bis} GO).

- (4) Mit der vierten Teilforderung wird schliesslich verlangt, dass die Bearbeitungsdauer der Stipendienanträge deutlich verkürzt wird. Auch mit dieser Forderung wird der Regierungsrat beauftragt, eine Gesetzesänderung gemäss § 42 Abs. 1 GO zu unterbreiten oder Massnahmen im Sinne von § 42 Abs. 1^{bis} GO zu ergreifen, um die Bearbeitungsdauer der Stipendiengesuche signifikant zu verkürzen.

Die Teilforderungen (2) bis (4) verletzen weder den verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats noch verlangen sie etwas, das sich auf einen Einzelfallentscheid, auf einen in einem gesetzlich geordneten Verfahren zu treffenden Entscheid oder einen Beschwerdeentscheid bezieht. Es sprechen auch keine bundesrechtlichen oder sonstigen höherrangigen Bestimmungen gegen den Inhalt dieser Teilforderungen. Folglich erweisen sich die Teilforderungen (2) bis (4) als rechtlich zulässig. Die Teilforderung (1) verletzt die verfassungsmässige Kompetenz des Regierungsrates zur Organisation der Verwaltung und ist rechtlich unzulässig.

1.4 Schlussfolgerung

Die Motion ist als rechtlich teilweise zulässig anzusehen. Die Teilforderung «Priorisierung von Erstanträgen» verletzt die verfassungsmässige Kompetenz des Regierungsrates zur Organisation der Verwaltung (§ 108 Abs. 2 KV).

2. Ausgangslage

Das baselstädtische Stipendienwesen befindet sich während der vergangenen fünf Jahre in einer Gesamtsituation, die von Kontinuität und Stabilität gekennzeichnet ist. Im Jahr 2024 vergab der Kanton Basel-Stadt Stipendienbeiträge in Höhe von gesamthaft 11,67 Mio. Franken. Begünstigt waren 1'822 Personen in Ausbildung, unter ihnen 999 Frauen und 823 Männer. Der grösste Teil der Stipendienzahlen begünstigt Personen in der dualen Berufsbildung (586 Personen), gefolgt von Studierenden an den universitären Hochschulen und im ETH-Bereich (309 Personen) sowie Studierenden an Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen (275 Personen). Seit 2020 bewegten sich die Stipendienbeiträge des Kantons zwischen 11,41 und 11,95 Mio. Franken jährlich und kamen jährlich zwischen 1'822 und 2'078 Personen zugute (vgl. Amt für Ausbildungsbeiträge, Verwaltungsbericht 2023 und Verwaltungsbericht 2024).

Die Vergabe der kantonalen Stipendien erfolgt auf Grundlage des «Gesetzes betreffend Ausbildungsbeiträge» vom 12. Oktober 1967 (SG 491.100) und der «Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend Ausbildungsbeiträge» vom 8. November 2011 (SG 491.110) durch das Amt für Ausbildungsbeiträge. Das Amt für Ausbildungsbeiträge vergibt neben den kantonalen Stipendien auch die Ausbildungsbeiträge Pflege sowie die Stipendien für Nachwuchskräfte aus den Entwicklungsländern und betreut den Stipendienfonds der Künste sowie den Stipendienfonds der Basler Schulen. Für diese Aufgaben stehen ein Gesamtbudget von 20.3 Mio. Franken (2026) und neun Mitarbeitende (6,1 VZÄ) zur Verfügung. Der Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget des Amtes für Ausbildungsbeiträge beträgt 4,6%.

3. Aktuelle Entwicklungen und Bestrebungen

Aus Sicht des Regierungsrates ist das baselstädtische Stipendiensystem leistungsfähig und gut aufgestellt. Es arbeitet effizient und erledigt seine Aufgaben gegenüber den Stipendiatinnen und Stipendiaten speditiv. Im Normalfall bezahlt das Amt für Ausbildungsbeiträge die erste Stipendien-

rate an die begünstigten Personen vor dem Ausbildungs- oder Studienbeginn, also zu einem Zeitpunkt, an dem die hohen Initialkosten für Ausbildung und Studium anfallen.

Dieses System unterscheidet Basel-Stadt von anderen Kantonen, wo Stipendien erst nachschüssig ausbezahlt werden, beispielsweise nach einem erfolgreichen Semesterabschluss. Schlüssel für die zügige Erledigung von Stipendienanträgen ist die Kooperationsbereitschaft der Antragstellerinnen und Antragsteller bzw. Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Veränderungen im Stipendienvergabesystem sollten mit Umsicht und Vorausschau angegangen werden. Bei allfälligen Anpassungen muss das prioritäre Ziel sein, absehbare Mehrkosten (Personalaufstockung, zusätzliche Einzelfallprüfungen und Zahlungsverkehr, Betreibungsgebühren etc.) möglichst zu vermeiden. Daher gilt es genau abzuwägen, welche Massnahmen mit welchen Zielen ergriffen werden, um das System tatsächlich, wie von den Motionärinnen und Motionären gefordert, «gerechter, transparenter und effizienter» zu gestalten.

4. Anliegen der Motion

4.1 Priorisierung von Erstanträgen

In der Bearbeitungspraxis von Stipendienanträgen durch das Amt für Ausbildungsbeiträge werden die von den Motionärinnen und Motionären vorgeschlagenen Priorisierungen, wo nötig, bereits vorgenommen. Es werden Dossiers derjenigen Personen vorgezogen, die am meisten auf Stipendienbeiträge angewiesen sind. Die Bearbeitung erfolgt daher nach dem Prinzip der Bedürftigkeit; das Kriterium Erstantrag oder Folgeantrag ist diesem untergeordnet. Die Reihenfolge der Dossierbearbeitung beruht auf langjähriger Erfahrung der Mitarbeitenden des Amts für Ausbildungsbeiträge und berücksichtigt die individuelle Lebenssituation der (zukünftigen) Stipendiatinnen und Stipendiaten.

4.2 Stipendienvorschüsse

Das baselstädtische Stipendiensystem ist so organisiert, dass grundsätzlich keine Zahlungslücken für die Stipendiatinnen und Stipendiaten entstehen. Personen in Ausbildung, welche bereits Stipendien beziehen, werden vom Amt für Ausbildungsbeiträge rechtzeitig informiert und angehalten, ihre Anträge fristgerecht zu verlängern. Ein entsprechendes Formular wird jährlich an diese Personengruppe verschickt. Die Personen in Ausbildung mit bestehender Stipendienberechtigung müssen also lediglich ein vervollständigtes Formular, zusammen mit den aktualisierten Unterlagen, innert der angegebenen Frist zurücksenden. Auf diese Weise können sie Zahlungslücken selbst aktiv verhindern.

Mehrheitlich handeln Personen in Ausbildung, die Stipendien beziehen, sehr pflichtbewusst. Daher verläuft die Abwicklung der Stipendiengesuche in der Regel reibungslos. Zahlungslücken entstehen in erster Linie durch mangelnde Kooperation seitens der Stipendiatinnen und Stipendiaten. In diesen Einzelfällen Vorschüsse auszubezahlen, hätte eine negative Signalwirkung und würde den Abwicklungsprozess unnötig verkomplizieren. Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht des Regierungsrats auf eine Neukonzipierung des Stipendienvergabesystems, die Vorschusszahlungen und Rückzahlungen zu viel bezogener Gelder durch die Stipendiatinnen und Stipendiaten vorsieht, unbedingt zu verzichten.

Erfahrungen aus dem Kanton Zürich haben in den zurückliegenden Jahren gezeigt, dass die Einführung von Neuerungen, die nicht vollständig durchdacht waren und einen administrativen Mehraufwand generierten, das amtliche Vergabesystem bei gegebenem Personalbestand über Gebühr strapazierte, verteuerte und an die Grenzen seiner Funktionsfähigkeit brachte. In Zürich kam es dadurch zu extremen Verzögerungen bei der Stipendienbearbeitung und schliesslich zu einer deutlichen Steigerung der Personalkosten im zuständigen Amt für Jugend und Berufsberatung. Denn

nur durch eine massive Aufstockung des Personals konnte das Zürcher Stipendienwesen wieder funktionstüchtig gemacht werden.¹

Die Rückforderung von zu viel bezogenen Stipendiengeldern – welche zugleich mit der Einführung eines Vorschuss-Systems eingeführt werden müsste – wäre mit einem solch hohen administrativen Aufwand verbunden. Ohne eine gleichzeitige starke Aufstockung des Personals könnte dies zu einer ähnlichen Situation führen, wie sie der Kanton Zürich Anfang der 2020er Jahre erlebte. Zusätzlich können rückgeforderte Vorschüsse wegen der zu erwartenden Betreibungsgebühren zu einem finanziellen Verlustgeschäft für den Kanton werden. Mit dem aktuellen Personalbestand im Amt für Ausbildungsbeiträge wäre die Neugestaltung des Systems, wie sie von den Motionärinnen und Motionären vorgeschlagen wird, nicht umsetzbar.

4.3 Verzögerungen aufgrund fehlender Unterlagen

Wie dargelegt, möchte der Regierungsrat auf die Ausbezahlung von Stipendiovorschüssen verzichten. Denn grundsätzlich lehnt das Amt für Ausbildungsbeiträge Stipendienanträge aufgrund von fehlenden Unterlagen nicht ab. Vielmehr verfolgt das Amt für Ausbildungsbeiträge bei jedem einzelnen Dossier das Ziel, eine gesetzeskonforme und periodengerechte Stipendienberechnung zu erstellen. Vorausgesetzt ist dabei die Kooperationsbereitschaft der (zukünftigen) Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Falls notwendige Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt werden können, sucht das Amt für Ausbildungsbeiträge zusammen mit den (zukünftigen) Stipendiatinnen und Stipendiaten gezielt und individuell nach Lösungen. Häufig handelt es sich bei den fehlenden Dokumenten um die Steuerunterlagen der Eltern. In diesen Fällen hat das Amt für Ausbildungsbeiträge – unter Einhaltung des Datenschutzes und des Steuergeheimnisses – teilweise die Möglichkeit, das Steuerregister einzusehen oder bei den Steuerbehörden um Amtshilfe zu ersuchen (§ 2 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend Ausbildungsbeiträge). In Härtefällen besteht zudem die Möglichkeit, ein Gesuch direkt der Kommission für Ausbildungsbeiträge vorzulegen (§ 39 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend Ausbildungsbeiträge).

Bei unverschuldet verspätet eingereichten Unterlagen – beispielsweise, weil Drittpersonen Unterlagen zu spät oder gar nicht zur Verfügung stellen – gewährt das Amt für Ausbildungsbeiträge in Umgehung der Periodengerechtigkeit auch rückwirkende Beiträge. Auch wenn Unterlagen gar nicht eingereicht werden, wird ein Gesuch nicht abgelehnt, sondern zurückgestellt, und es kann wieder aktiviert werden.

4.4 Effizienzsteigerungen in der Stipendienverwaltung

Das Amt für Ausbildungsbeiträge unternimmt kontinuierlich Anstrengungen, das Stipendienwesen zu vereinfachen und die Bearbeitungszeiten zu verkürzen. Das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre, weitere Effizienzsteigerungen zu erzielen, wird vollends geteilt. Wie bereits ausgeführt, müssen Veränderungen im Stipendienvergabesystem und bei den zugrundeliegenden administrativen Prozessen aber mit Voraus- und Umsicht angegangen werden und die Erfahrungen anderer Kantone berücksichtigen.

Aktuell bereitet das Amt für Ausbildungsbeiträge zwei Massnahmen vor, um Effizienzsteigerungen im kantonalen Stipendienvergabesystem zu erzielen: Zum einen ist angestrebt, den Prozess der Beantragung und Bewilligung von kantonalen Stipendien vollständig zu digitalisieren. Die weitere Digitalisierung der Antragstellung wird über die Plattform «eSozial» erfolgen, eine kantonale Plattform zur Digitalisierung der Sozialverwaltung und zur Integration der bestehenden

¹ Vgl. Carlo Mariani: Das Zürcher Stipendiendebakel, in: Zürcher Studentenzeitung vom 12.12.2022 [<https://www.zsonline.ch/2022/12/12/das-zuercher-stipendiendebakel/>]; Giorgio Scherrer und Daniel Fritzsche: «Der Lohn ist nicht das Problem» – hat Silvia Steiner den Lehrermangel an Zürcher Schulen verschlafen? In: NZZ vom 22.08.2022 [<https://www.nzz.ch/zuerich/lehrermangel-in-zuerich-silvia-steiner-mitte-im-interview-ld.1698592>].

Fachanwendungen in das «ePortal» des Kantons Basel-Stadt. Durch die Lösung «eSozial» wird nicht nur die Beantragung von kantonalen Stipendien erleichtert. Sie wird es auch ermöglichen, Dokumente wie Steuerveranlagungen oder Lohnausweise durch unterschiedliche kantonale Ämter über die Plattform gemeinsam zu nutzen. Die Einbindung des Stipendienvergabesystems in die Plattform «eSozial» ist ab dem Studienjahr 2027/28 geplant, da umfangreiche technische und datenschutzrechtliche Vorarbeiten zu leisten sind. Neben der vollständigen Digitalisierung von Stipendienanträgen ist zum Zweiten angestrebt, die Stipendienberechnung grundsätzlich zu vereinfachen. Eine Folge dieser Vereinfachung wäre, dass weniger Dokumente und Unterlagen von den (zukünftigen) Stipendiatinnen und Stipendiaten eingereicht werden müssten.

5. Fazit

Das baselstädtische Stipendiensystem ist leistungsfähig und effizient. Im Sinne einer bürgernahen Verwaltung bearbeitet das Amt für Ausbildungsbeiträge Stipendiengesuche immer im Dialog mit den (zukünftigen) Stipendiatinnen und Stipendiaten. Dabei ist es auf die Kooperation und das eigenverantwortliche Handeln der (zukünftigen) Stipendiatinnen und Stipendiaten angewiesen.

Der Regierungsrat rät davon ab, Vorschüsse an Stipendiatinnen und Stipendiaten auszubezahlen, wie es von den Motionärinnen und Motionäre gefordert wird. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass im Kanton Basel-Stadt Stipendienanträge generell nicht abgelehnt, sondern im Falle von berechtigten Anträgen zurückgestellt werden, wenn die erforderlichen Unterlagen nicht fristgerecht beigebracht werden. Im Fall eines Verschuldens von Dritten sucht das Amt für Ausbildungsbeiträge nach individuellen Lösungen für die Stipendiatinnen und Stipendiaten und erbittet, soweit zulässig und möglich, die Unterstützung anderer Ämter.

Grundsätzlich unterstützt der Regierungsrat das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre, das Stipendienvergabesystem möglichst effizient aufzustellen. So begrüsst er die Absicht des Amts für Ausbildungsbeiträge, Stipendienanträge weiter zu digitalisieren und die Stipendienberechnung zu vereinfachen. Zu beiden Vorhaben sind entsprechende vorbereitende Arbeiten bereits im Gange.

6. Antrag

Auf Grund dieser Stellungnahme und der Nichtzulässigkeit einer Teilforderung beantragen wir, die Motion Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend «Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen» dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin